

Hamas ante portas?

Die palästinensischen Nationalreligiösen zwischen Widerstand und Regieren

Margret Johannsen*

Abstract: Facing the failure of peace negotiations with Israel, Fatah and Hamas have made a new attempt to overcome the Palestinian internal divide and agreed to form a provisional unity government. As for Hamas, this decision requires from the movement no less than transforming from a non-state violent actor to a political party that draws its legitimacy from accountability and good governance. This article examines the factors that explain why Hamas as the weaker of the two Palestinian factions has set off for power sharing in a democratically elected government. In the wake of the Gaza War of 2014, it identifies as a crucial condition for success of this experiment a sustainable ceasefire that allows Hamas to forego reliance on armed resistance operations.

Keywords: Palestinian unity government, Hamas, occupation, blockade, Gaza Strip and Gaza War, ceasefire

Stichworte: Palästinensische Einheitsregierung, Hamas, Besatzung, Blockade, Gazastreifen und Gazakrieg, Waffenstillstand

1. Einleitung¹

Neun Monate hatte sich John Kerry gegeben, um im israelisch-palästinensischen Konflikt Frieden zu stiften. Am 29. Juli 2013 begannen die Verhandlungen. Erneut standen alle Themen zur Diskussion, die schon in Camp David dreizehn Jahre zuvor auf dem Tisch gelegen hatten: Grenzverlauf, Siedlungen, Jerusalem, Flüchtlinge, Sicherheit. Der ostentative Optimismus des amerikanischen Außenministers traf auf verbreitete Skepsis in der Bevölkerung. Sie sollte Recht behalten. Am 29. April 2014 wurden die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen. Als sich ein Scheitern bereits abzeichnete, ergriffen beide Seiten Maßnahmen, die eine Verlängerung der Verhandlungen de facto ausschlossen. Die israelische Regierung forcierte einmal wieder den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten; die Autonomiebehörde trieb ihre Pläne für einen Ausbau palästinensischer Staatlichkeit voran: Palästina, seit 2012 in der UNO Beobachterstaat ohne Mitgliedschaft, trat u.a. den vier Genfer Konventionen bei: Kernstücke des humanitären Völkerrechts, die Besatzung und kriegerische Auseinandersetzungen völkerrechtlichen Regeln unterwerfen – im Lichte des jüngsten siebenwöchigen Gazakriegs eine Entscheidung von potenziell erheblicher Tragweite.

und die Zustimmung zur Präsenz von Sicherheitskräften der Autonomiebehörde im Gazastreifen. Die Zuständigkeit für Sicherheitsangelegenheiten liegt künftig bei der Einheitsregierung. Die Vereinten Nationen und die Europäische Union, die USA und Russland, die Türkei, Ägypten u.a.m. erklärten sich bereit, mit ihr zusammenzuarbeiten. Zuvor hatten Abbas und Ministerpräsident Rami Hamdallah (Fatah) die drei Prinzipien für verpflichtend erklärt, die das Nahostquartett (USA, EU, UNO, Russland) seit 2006 zur Voraussetzung von Hilfsleistungen macht: Gewaltverzicht, Anerkennung Israels und Respektierung der bisherigen Nahostvereinbarungen. Zudem bekannten sie sich zur Zusammenarbeit mit Israel in Sicherheitsfragen.

Die internationale Unterstützung der Einigung setzte die israelische Regierung unter erheblichen Druck. Bisher hatte sie nur mit der „Oslo-Fraktion“ der Palästinenser verhandelt. Denn Hamas ist bis heute nicht willens, sich als Organisation an Verhandlungen im Rahmen des 1993 begonnenen Friedensprozesses zu beteiligen und die Bedingungen dafür, insbesondere die genannten drei Prinzipien zu erfüllen. Allerdings hat sie in der Vergangenheit mehrfach die Bereitschaft gezeigt, ihnen im Rahmen von Regierungskoalitionen Rechnung zu tragen – wie im Übrigen auch ihre Gegenspielerin Fatah diese Leistungen nur im Rahmen ihrer Mitgliedschaft in der PLO erbracht hat und nicht in ihrer Eigenschaft als Befreiungsbewegung.

Ihr Fernbleiben hatte Israel eine komfortable Verhandlungsposition beschert. Bisher hatte die Regierung Netanjahu ihr Festhalten an der Besetzung mit Zweifeln an der Fähigkeit der PA zu „liefern“, sprich irredentistische Kräfte zu kontrollieren, begründen können – schließlich ist es aus israelischer Sicht einzig und allein das Militär in der Westbank, das die Sicherheit Israels – und israelischer Siedler in der Westbank – vor palästinensischer Gewalt gewährleisten kann. Insofern begünstigte die innerpalästinensische Spaltung die Intransigenz der israelischen Regierung, die ihre oft erklärte Bereitschaft zu „schmerzhaften Kompromissen“ noch unter Beweis stellen muss. Sie entschied sich vorerst für einen Boykott der Einheitsregierung und radikalierte ihn nach der tödlichen Entführung von drei jungen Thora-Studenten in der Westbank mit einem Feldzug gegen Hamas in einer Weise, die sich auch als Sabotage deuten lässt. „Operation Brother's Keeper“, diese größte israelische Militäroperation in der Westbank seit der „Operation Defensive Shield“ 2002 konnte Hamas im Gazastreifen

2. Einheit mit Hindernissen

Eine der von Präsident Mahmud Abbas ergriffenen Maßnahmen zur Stärkung der Staatlichkeit Palästinas ist das am 23. April 2014 vereinbarte palästinensische Machtteilungsarrangement zwischen Hamas und der Fatah. Am 2. Juni 2014 folgte die Vereidigung eines „Expertenkabinetts“ von 17 Ministern.² Formell repräsentieren seine Mitglieder keine der beiden Seiten. Allerdings stehen die meisten Minister de facto der Fatah nahe, und Hamas musste überdies einige bittere Pillen schlucken, insbesondere den Verzicht auf das Innenministerium

* Dr. Margret Johannsen ist Senior Research Fellow am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Mitherausgeberin des Friedensgutachtens.

1 Teile des folgenden Textes sind unter dem Titel „Im Teufelskreis der Radikalisierung. Die gescheiterte Transformation der Hamas“ erschienen in Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2014, S. 55–62.

2 Zur Zusammensetzung des Kabinetts vgl. Shlomo Brom/Yoram Schweitzer, The Palestinian Unity Government, INSS Insight, Nr. 9, 11. Juni 2014, <http://www.inss.org.il/index.aspx?id=4538&articleid=7081> [8.9.2014].

nicht unberührt lassen. Die von der Offensive ausgelöste massive Eskalation des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen folgte einer politischen Logik und war vorauszusehen.³

Ob die Einheitsregierung infolge des jüngsten Gazakriegs zerbricht oder sich im Rahmen des Konfliktmanagements festigen kann, ist eine offene Frage. Ihre Vorgängerin, die unter saudischer Vermittlung zustande gekommene, kurzlebige Einheitsregierung von 2007, hatte erleben müssen, dass ihr Regierungsprogramm international nicht gewürdigt worden war. Es hatte als Referenzrahmen die Resolutionen des Palästinensischen Nationalrats genannt, mit denen dieser alle auf die Zerstörung Israels gerichteten Passagen seiner Charta getilgt hatte, sowie die von der PLO unterzeichneten Abkommen mit Israel und die Friedensinitiative der Arabischen Liga von 2002/2007. Damit hatte die Regierung unter Beteiligung von Hamas eine Zwei-Staaten-Regelung akzeptiert, sich zur Konfliktbeilegung mit friedlichen Mitteln bekannt und auf die Anerkennung des Existenzrechts Israels verpflichtet. Genützt hat ihr dies nicht. Solange Hamas an der Regierung beteiligt war, hielten Israel, die USA und die EU ihren Boykott aufrecht.

Aus israelischer Sicht ist Hamas „eine terroristische Organisation, die die Kontrolle im Gazastreifen übernommen und ihn zu feindlichem Gebiet gemacht hat“⁴. Mit dieser Sichtweise ist Israel nicht allein. Die „Bewegung des Islamischen Widerstands“ steht auf der Liste ausländischer terroristischer Organisationen des US-State Departments und auf der EU-Terrorliste. Andere Staaten und Organisationen haben eine solche Einstufung mit unterschiedlichen Begründungen allerdings nicht vorgenommen: z.B. Norwegen – um die Tür für Gespräche mit Hamas als Konfliktpartei offenzuhalten, Russland – weil es Hamas zur Mäßigung anhalten wolle, die Türkei – um zwischen den palästinensischen Fraktionen vermitteln zu können, oder die Organisation für Islamische Zusammenarbeit aus grundsätzlichen Erwägungen: Sie betrachtet militärische Angriffe derer, die unter Besatzung leben, generell nicht als Terrorismus. Es wäre gewiss verfrüht, zu postulieren, dass die USA und die EU sich dieser Position annähern. Aber nach dem Scheitern von John Kerrys Vermittlungsmission schien ein Weitermachen wie bisher einschließlich der Tabuisierung jeglicher Zusammenarbeit mit Hamas kein attraktives Rezept. Für die USA und die EU war das Etikett „Technokratenkabinett“ eine Möglichkeit, das Tabu zu umgehen und der Einsicht Raum zu geben, dass die palästinensischen Nationalreligiösen bei der Suche nach einer Konfliktregelung politisch einzubinden sind, damit sie nicht statt zum Mitspieler zum Saboteur werden. Drei Gazakriege in sechs Jahren zeigen, wie hoch der Preis für ihre Ausgrenzung sein kann.

3. Die palästinensischen Nationalreligiösen auf dem Weg in den Staat

Was aber spricht dafür, dass Hamas tatsächlich in der Lage und willens ist, sich im Rahmen einer Aufwertung ihres politischen

Status von ihrer Rolle als Gewaltakteur zu verabschieden? Ihre Beweggründe, sich dem Wählervotum zu stellen, werden unter Fachleuten kontrovers diskutiert. Das gleiche gilt für die Einschätzung ihrer Kompromissfähigkeit in Verbindung mit ihrer ideologischen Orientierung.⁵

Konstruierte man Hamas als eine von absoluten Prinzipien angetriebene religiös-fundamentalistische Organisation, so wäre es müßig, darüber nachzudenken, unter welchen Bedingungen sie sich in eine Beziehung friedlicher Koexistenz zwischen Israelis und Palästinensern einfügen könnte. Denn dann wäre ihre Gründungscharta von 1988, wonach es die patriotische Pflicht jedes Muslims sei, am Dschihad zur Befreiung ganz Palästinas von seinen jüdischen Usurpatoren teilzunehmen, für die politische Programmatik handlungsleitend.⁶ Die Politik von Hamas seit Beginn des Friedensprozesses spricht jedoch nicht dafür. Die folgenden Ausführungen basieren auf der Annahme, dass Hamas am zutreffendsten als nationalistische Bewegung zu verstehen ist, die sich eines religiös eingefärbten Diskurses bedient, um sich von säkularen Konkurrenten zu unterscheiden.⁷

Bei aller Vielfalt der Erklärungen für ihre Entscheidung, sich Legitimität jenseits des bewaffneten Kampfes zu verschaffen, setzen einschlägige Analysen Hamas doch durchweg als einen zweckrationalen Akteur voraus. Als solcher trifft sie ihre Entscheidungen auf der Basis strategischer Interessenskalküle und taktischer Opportunitätswägungen. Die Beweggründe der Organisation, der rivalisierenden Fatah mit Hilfe der Wahlurne die Alleinherrschaft streitig zu machen, finden Bashin und Hallward in ihrer Abhängigkeit von den Ressourcen externer Geldgeber, deren finanzielle Förderung Hamas' gesellschaftliche Verankerung voraussetzt.⁸ Sie seien bereits in der Entscheidung der frühen 1990er Jahre erkennbar, mit eigenen Kandidaten an Wahlen lokaler Berufsverbände und Studierendenvertretungen teilzunehmen.⁹ Zu diesem Zeitpunkt hatte die Erste Intifada, mit deren Beginn die Gründung der Organisation zusammenfiel, ihren Höhepunkt überschritten, es gab Gerüchte über ein bevorstehendes israelisch-palästinensisches Abkommen, dem nach Einschätzung der Hamasführung die Mehrheit der Palästinenser zustimmen würde, und die Bewegung sah sich in dieser neuen Situation gefordert, ihre politischen Gewinne aus dem Aufstand zu konsolidieren.¹⁰ Mit einer Absage an den bewaffneten Kampf ist dies allerdings nicht zu verwechseln. Im Gegenteil hatte sich Hamas zur gleichen Zeit mit der Gründung der Qassam-Brigaden einen militärischen Arm zugelegt. Aber die Entscheidung ließ sich mit der Doppelstrategie vereinbaren, Militanz gegenüber Israel mit Sozialarbeit zu verbinden. Mit dem Ausbau eines Netzes von sozialen Einrichtungen hatte Ha-

5 Siehe beispielsweise Hafez, Mohammed M./Walther, Marc-André. 2012. Hamas. Between pragmatism and radicalism. In: Shahram Akbarzadeh (Hrsg.), Routledge Handbook of Political Islam, London and New York: Routledge, S. 62-73 (64).

6 Vgl. die zeitgeschichtliche Deutung der Hamas-Charta: Baumgarten, Helga. 2006. Hamas. Der politische Islam in Palästina, München: Diederichs, S. 58-66.

7 Zum national-religiösen Charakter der Hamas vgl. ausführlicher Harik, Judith Palmer/Johannsen, Margaret. 2012. Hezbollah and Hamas. Islamic Insurgents with Nationalist Causes. In: Rich, Paul B./Duyvesteyn, Isabelle (Hrsg.), The Routledge Companion to Insurgency and Counterinsurgency, London: Routledge, S. 183-197 (188).

8 Bashin, Tavishi/Hallward, Maia Carter. 2013. Hamas as a Political Party: Democratization in the Palestinian Territories. In: Terrorism and Political Violence, 25: 1, S. 75-93 (84).

9 Gunning, Jeroen. 2007. Hamas in Politics: Democracy, Religion, Violence, London: Hurst & Company, S. 144.

10 Baumgarten, Hamas, a.a.O., S. 93.

mas sich um die zivile Widerstandsfähigkeit der rebellierenden Gesellschaft verdient gemacht, und ihre gewachsene Popularität sollte sich in Form institutionalisierter Einflussnahme auf politische Entscheidungsprozesse auszahlen.

Nach der Gründung der PA blieb Hamas zwar 1996 den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen mit der Begründung fern, diese Wahlen seien das Produkt der Oslo-Verträge. Aber sie behinderte die Wahlen nicht. Vielmehr unterstützte sie die Bildung der Nationalen Islamischen Heilspartei und sorgte dafür, dass Hamas-Mitglieder oder Hamas-Sympathisanten sich als unabhängige Kandidaten aufstellen ließen. Auf diese Weise sicherte sie sich indirekten Einfluss im politischen Apparat. Auch nach den offiziell boykottierten landesweiten Wahlen entsandte sie gewählte Repräsentanten in die Gremien von Universitäten, Gewerkschaften und Berufsverbänden und partizipierte so an den politischen Strukturen der Autonomiegebiete. In den Kommunalwahlen 2004/05 schärfe sie mit dem Eintreten für die Anliegen ihrer Klientel vor Ort ihr politisches Profil jenseits des Oslo-Prozesses.¹¹

Folgt man dieser Analyse, so stellt die Entscheidung, sich mit eigenen Kandidaten an den Parlamentswahlen 2006 zu beteiligen, den Abschluss einer Entwicklung dar, an deren Anfang die grundsätzliche Entscheidung stand, den „Weg durch die Institutionen“ zu gehen. Vor diesem Hintergrund entfalteten begünstigende Faktoren wie der Popularitätsverlust der Fatah, das Machtvakuum im Gazastreifen infolge des israelischen Abzugs oder das palästinensische Wahlsystem ihre Wirkung und bestimmten den Zeitpunkt für die Gründung der Partei „Reform und Wechsel“, mit der Hamas einen für Außenstehende überraschenden Wahlsieg errang. Es schien, als sei ihr Weg als verantwortlich handelnder staatlicher Akteur im Rahmen legitimer Institutionen vorgezeichnet.

4. Einheit: keine Realität, sondern eine Herausforderung

2014 bietet sich diese Chance erneut. Auch wenn Präsidentschafts- und Parlamentswahlen zur Erneuerung der Legitimität der politischen Institutionen noch ausstehen, war mit der Installation der Übergangsregierung die Spaltung zwischen der Westbank und dem Gazastreifen vorerst formell überwunden. Zur realen Einheit ist es allerdings noch ein steiniger Weg. Noch müssen die Ministerien integriert, das Sicherheitspersonal zusammengeführt und die beiden Rechtssysteme¹² angeglichen werden. Vor allem im Sicherheitsbereich sind künftige Konflikte nicht ausgeschlossen. Der Stationierung der von der Fatah dominierten Präsidialgarde an den Grenzübergängen hatte Hamas in Kairo nur zähneknirschend zugestimmt. Entscheidungen wie diese bergen erheblichen Zündstoff für die Einheitsregierung.

Der Begriff „Einheit“ spiegelt auch die Situation „on the ground“ nicht wider. Die Ergebnisse des ersten Nahostkriegs 1948/49 hatten die beiden palästinensischen Territorien geografisch

und politisch voneinander getrennt¹³, 1967 wurden sie infolge des Sechstagekriegs unter israelischer Besatzung wieder vereint, 1994 bei andauernder Okkupation gemeinsam unter begrenzte Selbstverwaltung gestellt und schließlich 2007 als Folge innerpalästinensischer Machtkämpfe erneut geteilt. Während in der Westbank die Präsenz der israelischen Armee keine Zweifel an Israels Besatzerrolle ließ, hat die Besatzung¹⁴ im Gazastreifen eine andere Form angenommen. 2005 hatte Israel das Territorium geräumt. Seither überwacht es den Küstenstreifen überwiegend aus der Distanz und unter Einsatz hochentwickelter Militärtechnologie einschließlich bewaffneter Drohnen. Die Besatzung de luxe mutierte binnen Kurzem zur Abriegelung des Gazastreifens. Der Güter- und Personenverkehr wurde scharfen Restriktionen unterworfen.

Aus dem dicht besiedelten Territorium beschossen palästinensische Milizen seit der Zweiten Intifada israelisches Gebiet mit Klein- und Kurzstreckenraketen sowie Mörsergranaten; nach israelischen Angaben hat ihre Zahl inzwischen 15.000 überschritten.¹⁵ Seit dem Abzug der Armee war der Gazastreifen drei großen israelischen Militäroffensiven ausgesetzt: um die Jahreswende 2008/09, im November 2012 und zuletzt im Sommer 2014. Sie richteten sich erklärtermaßen gegen Hamas, die als Regierung verantwortlich und zur Rechenschaft zu ziehen sei.

Die Waffenruhen 2009 und 2012 scheint Hamas‘ militärischer Arm lange respektiert zu haben. Zeitweilig stationierte die Regierung an der Grenze Sicherheitskräfte, um den Beschuss durch andere Milizen einzudämmen. Gegen eine al-Qaida-nahe Gruppierung ging sie gewaltsam vor¹⁶, setzte ihr Gewaltmonopol durch und machte damit auch deutlich, dass ihre Priorität die nationale Frage Palästinas ist. Denn im Unterschied zu al-Qaida stand eine panislamische Revolution nie auf ihrer Agenda.¹⁷ Ihr Weg in die politische Verantwortung hatte ihr die Kritik al-Qaidas und anderer islamistischer Bewegungen eingebracht, die in diesem Weg eine Schwächung des globalen Dschihads erblickten.¹⁸

Von einer vollständigen Kontrolle aller militänten Kräfte im Gazastreifen – vor allem in Gestalt der al-Quds-Milizen des Palästinensischen Islamischen Dschihad oder unabhängiger salafistisch-dschihadistischer Netzwerke vormaliger Fatah-Kämpfer, die unter Namen wie al-Saif al-Islam oder al-Mudschahedin operierten – konnte allerdings nicht die Rede sein. 2014 gab Hamas ihre eigene militärische Zurückhaltung auf, als sie sich in der Westbank massiver Repression ausgesetzt sah. Schwer wog für sie auch der Prestigeverlust, als von den entlassenen Häftlingen, die sie 2011 im Tausch gegen den israelischen

13 Die Westbank wurde seither von Jordanien, der Gazastreifen von Ägypten verwaltet.

14 Zur andauernden Besetzung des Gazastreifens vgl. Ehrlich, Avishai. 2013. In Gaza, No End in Sight: Questions for Avishai Ehrlich. In: Ehrlich, Nea/ Marks, Lesley/Yuval-Davis, Nir (Hrsg.), The Works of Avishai Ehrlich: Political Sociologist, Activist and Public Intellectual, Newcastle: Cambridge Scholars Publishing, S. 87-93 (88f.).

15 Israel Defense Forces, Rocket Attacks on Israel From Gaza, <http://www.idfblog.com/facts-figures/rocket-attacks-toward-israel/> [8.9.2014].

16 Vgl. Levitt, Matthew/Cohen, Yoram/Wasser, Becca. 2010. Deferred But Determined. Salafi-Jihadi Groups in the Palestinian Arena, The Washington Institute for Near East Policy, Policy Focus #99, Januuary, http://www.washingtoninstitute.org/uploads/Documents/pubs/PolicyFocus_99.pdf [31.8.2014].

17 Hafez/Walter, a.a.O., S. 68f.

18 Zanotti, Jim. 2011. Hamas. Background and Issues for Congress. In: Wilkes, Samuel/ Jackson, Cynthia (Hrsg.), Hamas and the Middle East – A Closer Look. New York: Nova Science Publishers, S. 10.

11 Gunning, a.a.O., S. 146.

12 Vgl. Alexander Abdel Gawad, E pluribus unum? Palestinian authority and statehood in an environment of legal pluralism, ZEUS Working paper No.4, August 2013, http://ifsh.de/file-ZEUS/pdf/ZEUS_Working_Paper_4.pdf [1.9.2014].

Soldaten Gilad Shalit freigesetzt hatte, nicht wenige erneut inhaftiert wurden. Im Zuge der militärischen Eskalation in der Westbank, die am 8. Juli in die Offensive gegen den Gazastreifen mündete, bekannte sie sich wieder offen zur Beteiligung ihres militärischen Arms am Beschuss israelischen Territoriums.

5. Alte und neue Allianzen oder: Hamas auf der Suche nach neuen Partnern

Hamas' Schulterschluss mit ihren palästinensischen Konkurrenten lässt sich allerdings nur unzureichend mit der Eskalationsdynamik im Sommer 2014 erklären. Er ist auch eine Folge der regionalen Umbrüche nach dem Arabischen Frühling. Sie haben alte Allianzen zerbrechen lassen, neue Akteure auf den Plan gerufen und auch Hamas nicht unberührt gelassen. Das Bündnis mit Syrien, das jahrelang Hamas' politische Führung mit Khaled Mishal an der Spitze beherbergte, zerbrach im Zuge des syrischen Bürgerkriegs, nachdem sie sich auf die Seite der syrischen Opposition gestellt hatte. Damit hatte sie aber auch die „Achse des Widerstands“¹⁹ gegen die Rolle der USA als Garant des Existenzrechts Israels und Waffenlieferant der Golfmonarchien verlassen und benötigte neue Verbündete.

Das benachbarte Ägypten schien unter den arabischen Staaten ein natürlicher Partner. Was für Hamas in der Gestaltung der Beziehungen zu Ägypten auf dem Spiel steht, kann ein kurzer Blick auf die wechselvolle Geschichte des Grenzverkehrs verdeutlichen. Nach dem Abzug Israels aus dem Gazastreifen übernahm die PA auf palästinensischer Seite die Kontrolle des Grenzübergangs Rafah, unterstützt von der EU, die mit ihrer zivilen Mission EUBAM Rafah die Überwachung der Grenzkontrollen übernahm. Solange der Grenzübergang Rafah offenstand, war er für Gaza das Tor zur arabischen Welt²⁰: Von November 2005 bis Juni 2007 passierten ihn fast eine halbe Million Menschen, das sind durchschnittlich etwa 1.500 Personen täglich. Damit war es seit der Machtübernahme von Hamas in Gaza und der Schließung der Grenzen vorbei. Seither war Hamas auf ein weitverzweigtes Tunnelsystem angewiesen, um den Spagat zwischen Regierung und Widerstandsbewegung zu bewältigen: Es war einerseits die Lebensader des Gazastreifens, über die Güter jeder Art importiert wurden und mit der Hamas demonstrierte, dass sie für ihre Bevölkerung zu sorgen weiß. Andererseits sicherten die *Dual-use*-Tunnel den Waffennachschub und damit die Fähigkeit zu Angriffen auf israelisches Territorium. Bau und Betrieb der Tunnel sorgten außerdem für Arbeitsplätze und verschafften der Regierung über Lizzenzen und Steuern Einnahmen, mit denen sie ihre Angestellten bezahlen und Leistungen für die Bevölkerung finanzieren konnte.²¹ Pelham geht so weit, Hamas' Transformation von einem nichtstaatlichen Akteur in eine funktionsfähige Regierung auf die Einkünfte aus dem Tunnelgeschäft zurückzuführen.²² Verfügte die Organisation

vorher über eine politische Führung, ein soziales und karitäatives Netzwerk und Guerillaeinheiten, so konnte sie sich nun außerdem auf Ordnungskräfte und einen Behördenapparat stützen. Ihrer Legitimität in den Augen der Bevölkerung kam dies zweifellos zugute.²³ Allerdings hat die Schattenwirtschaft ihr zentrales Wahlversprechen – gute Regierungsführung und Bekämpfung der Korruption – konterkariert.²⁴

Doch wer auch immer Ägypten regierte – aus Sicht des Militärs untergruben die Tunnel die Sicherheit des Staates. Daran änderte auch der Sturz von Präsident Mubarak im Mai 2011 nichts. Was sich vorübergehend änderte, war das Grenzregime. Unter Präsident Mursi wurde es gelockert. Doch damit war es seit dem Militärputsch im Juli 2013 wieder vorbei. Seit dem Sturz Mursis wurden die Verbindungen des Gazastreifens zur Außenwelt gekappt: die Tunnel zerstört oder unbrauchbar gemacht, der Grenzübergang Rafah geschlossen, eine Pufferzone auf der ägyptischen Seite der Grenze eingerichtet. So sehr gute Beziehungen zu Ägypten Hamas als Regierung wie als Widerstandsbewegung gestärkt hatten, so sehr hat umgekehrt die neue Eiszeit unter der Militärregierung von Präsident Fattah al-Sisi sie geschwächt.

Für kurze Zeit hatte sich Hamas als Gewinnerin der Umbrüche in der arabischen Welt gesehen. Mit dem Absturz des isolierten Gazastreifens ins Elend sank ihr Stern. Wenn die israelische „Operation Brother's Keeper“ gegen Hamas den Anlass für den steilen Anstieg des Raketenbeschusses bot, so liegen die Ursachen im tiefen Fall von Hamas in der Gunst der ägyptischen Generäle. Gleichwohl konnten diese sich nicht den Ruf nach einer konstruktiven Rolle Ägyptens beim Krisenmanagement entziehen. Die Vermittlungserfolge ägyptischer Unterhändler bei diversen Waffenstillständen zwischen Hamas und Israel sowie zwischen Hamas und der Fatah bei der Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung²⁵ sprachen eine zu deutliche Sprache, als dass Ägyptens diplomatische Erfahrung verzichtbar gewesen wäre.

Auch Hamas kam trotz gespannter Beziehungen zum Militärregime an Ägypten nicht vorbei. Denn ihre Möglichkeiten, den Verlust Ägyptens als strategischem Partner zu kompensieren, haben sich als begrenzt erwiesen. Als Folge ihrer Parteinahme für die syrische Opposition hatte Iran seine Unterstützung für andere militante Gruppen im Gazastreifen erhöht. Insbesondere der Islamische Dschihad profitierte davon. Zudem verschlechterten sich die vormals engen Beziehungen zur Hisbollah, die in Syrien auf Seiten der regimetreuen Truppen kämpft. Sie galt als ein wichtiger Waffenlieferant der Organisation. Die Golfstaaten konnten Hamas' Verluste nicht wettmachen. Die angekündigten Investitionen Katars scheiterten an der Blockade des Transfers der Gelder durch Israel. Zugleich kritisieren die anderen Golfstaaten den Vorstoß Katars scharf – an ihrer Spitze Saudi-Arabien, das die Muslimbruderschaft verboten hat.

Mit dem Rücken an der Wand trat Hamas die Flucht nach vorn an, die im jüngsten Gazakrieg mündete. Noch wenige Wochen

19 Vgl. Mohns, Erik/Bank, André. 2012. Syrian Revolt Fallout: End of the Resistance Axis? In: Middle East Policy, 19: 3, S. 25-35.

20 Koss, Maren. 2013. Rough Times ahead for Hamas. Politics Under the Influence of Post-Mursi Egypt and the Palestinian Divide, FES CHECK.punkt 10, S. 3, <http://www.fespal.org/wp-content/uploads/2013/10/Newsletter-FES-Jerusalem-10.2013.pdf> [1.9.2014].

21 Vgl. Pelham, Nicolas. 2012. Gaza's Tunnel Phenomenon: The Unintended Dynamics of Israel's Siege. In: Journal of Palestine Studies, 41: 3, S. 6-31.

22 Ebd., S. 22.

23 Baumgarten, Helga. 2013. Kampf um Palästina – Was wollen Hamas und Fatah?, Freiburg: Herder, S. 182.

24 Pelham, a.a.O., S. 26.

25 Vgl. Johannsen, Margret/Weidlich, Christian et al. 2014. The Political Economy of Conflict Mediation in the Middle East. Lessons from Mediation by and inside Egypt. Academic Peace Orchestra Middle East Policy Brief 36, Frankfurt: Peace Research Institute Frankfurt.

zuvor hatte es den Anschein, als könne sie es sich in einer Position der Schwäche nicht leisten, aktiv eine militärische Eskalation zu betreiben. Ohne einen einflussreichen Mediator, der günstige Waffenstillstandsbedingungen würde aushandeln können, die ihr das Regieren erleichtern würden, schien das Risiko eines Waffengangs, bei dem sie selbst in die Schusslinie käme, zu hoch. Stattdessen gab sie anderen militärischen Fraktionen freie Hand, die weniger Skrupel haben mussten, weil sie nicht regierten. Mit dieser Entscheidung nahm Hamas in Kauf, ihre Konkurrenten zu stärken und erlaubte ihrem schärfsten Rivalen, dem Islamischen Dschihad, sein Profil zu schärfen. Anders als Hamas hatte er den militärischen Widerstand gegen die Besatzung nie mit der politischen Ambition zu regieren verknüpft. Ein Grenzzyklon am 11. März 2014, bei dem drei seiner Kämpfer den Tod fanden, bot ihm die Gelegenheit, seine militärischen Fähigkeiten zu demonstrieren. Seine Vergeltung war massiv, er feuerte über 130 Raketen und Mörsergranaten ab. Mit der größten Salve seit November 2012 präsentierte sich der Islamische Dschihad als gewichtiger Akteur in der palästinensischen Arena und darüber hinaus.

Die Rivalität zwischen den beiden Organisationen schloss indes gute Beziehungen nicht aus, wie z.B. zwischen Hamas-Führer Khaled Mishal und dem Generalsekretär des Islamischen Dschihad Ramadan Shallah. Auch militärische Koordination ist nicht ausgeschlossen, wie die Einrichtung gemeinsamer Operationszentren seit November 2012 zeigte. Nach Aussagen von Shallah hatte der Islamische Dschihad seinen Angriff vom März 2014 mit Hamas koordiniert.²⁶ Eine begrenzte Eskalation, betrieben vom Islamischen Dschihad, ließ sich sogar als vorteilhaft für Hamas interpretieren: Einerseits konnte sie hoffen, selbst israelischen Vergeltungsschlägen zu entgehen, da sie nicht direkt involviert war. Andererseits konnte sie demonstrieren, dass sie nicht bereit sei, die Isolierung und das Elend im Gazastreifen unbegrenzt hinzunehmen, und damit an Israel ein „Signal der Abschreckung“ und an ihre Klientel ein „Signal der Entschlossenheit“ senden.²⁷

Bereits vor dem jüngsten Gazakrieg war die Lage an der Grenze erkennbar in höchstem Maße instabil. Der Waffenstillstand, der die Kämpfe im November 2012 beendet hatte, war erodiert und eine nächste Runde intensiver Kampfhandlungen, und sei es aufgrund von Fehlkalkulationen, wurde immer wahrscheinlicher.²⁸ Wovor noch im Frühjahr 2014 vielfach gewarnt wurde, das trat wenig später ein. Im Rückblick hat es den Anschein, als hätten weder Israel noch Hamas ein klares Interesse daran gehabt, die Lage zu stabilisieren, weil das erhebliche politische Kosten mit sich gebracht hätte. Mit der Situation sporadischer Gewaltausbrüche konnten beide Seiten leben. Hamas fand sich in einer Situation, in der ihr anfänglicher Gewinn aus einer Durchsetzung des Waffenstillstands von 2012 mangels positiver israelischer Initiativen geschrumpft war. Ihre Kosten hingegen waren gestiegen, weil sie die Erwartungen ihrer Anhänger enttäuscht hatte und in der Folge Popularitätsverluste zugunsten rivalisierender Fraktionen²⁹ hinnehmen musste.

26 International Crisis Group 2014. Middle East Report 149, 25 March, S. 13.

27 Ebd., S. 14.

28 Asseburg, Muriel. 2014. Nahost-Verhandlungen vor dem Aus. SWP Aktuell 28, April, S. 7.

29 International Crisis Group, a.a.O., S. 11f.

6. Gab es Alternativen zum Gazakrieg?

In Anbetracht solcher Konstellationen und Dynamiken war Hamas außerstande, die Eskalation im Konflikt mit Israel zu beherrschen. Eingeklemmt zwischen Israel und Ägypten und zerrissen durch ihre Doppelrolle als Regierung und Widerstandsbewegung navigierte sie auf schwierigem Terrain. Ge schwächt wie sie war, hatte sie zwei Möglichkeiten: entweder hinzunehmen, dass ihre Glaubwürdigkeit litt, weil sie tatenlos zusah, wie ihre Mitglieder und Anhänger in der Westbank zu Hunderten in die Gefängnisse wanderten, oder der weiteren Schwächung zuvorzukommen und im Verein mit ihren Rivalen Stärke zu demonstrieren.

Schwäche ist ambivalent: Wer schwach ist, kann sich gezwungen sehen, Kompromisse zu schließen. So erklärt sich die Bereitschaft von Hamas, einer Einheitsregierung beizutreten, deren Kabinettsliste die Fatah unzweifelhaft als stärkere Partei auswies. Er kann aber auch die Notbremse ziehen, wenn ihm der Preis für Stillhalten zu hoch ist. Das strategische Kalkül mit Schwäche ist darum riskant – es enthält immer auch die Versuchung für den Schwachen, einer weiteren Schwächung zuvorzukommen. Am Ende entschied Hamas sich für das Letztere. Man könnte auch sagen, sie fiel ihrer eigenen Propaganda zum Opfer – auch wenn sie sich, was zu erwarten war, zur Siegerin erklären konnte, weil sie dem übermächtigen Feind die Stirn geboten und überlebt hatte.

7. Neuanfang in Gaza?

Was implizieren diese Überlegungen für das Gelingen des unbefristeten Waffenstillstands vom 26. August 2014? Damit ein Waffenstillstand mehr bedeutet als ein Atemholen vor der nächsten militärischen Konfrontation, müssen die beiden großen palästinensischen Fraktionen ihre Machtkämpfe auf Kosten der Einheit hintanstellen und die Überwindung der innerpalästinensischen Spaltung zustande bringen. Sie könnten scheitern, weil rivalisierende Dritte nicht von ihrer Aussöhnung profitieren. Bisher war der Islamische Dschihad in die Waffenstillstandsverhandlungen eingebunden. Der taktischen Versuchung, mit seiner Hilfe den Preis für die Aussöhnung mit der Fatah hochzutreiben, muss Hamas widerstehen. Andernfalls spielt sie mit dem Feuer. Denn von einer vollständigen Kontrolle der Organisation über ihre Rivalen im Gazastreifen kann keine Rede sein.

Aus all dem folgt, dass die Hamas bei einem Scheitern des Waffenstillstands mehr zu verlieren haben muss, als wenn er gelingt. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, sie politisch zu stärken. Dies erfordert die Rückkehr zu normalem Warenaustausch in beide Richtungen, auch wenn dies Hamas die Möglichkeit gäbe zu erklären, sie habe ihr oberstes Kriegsziel erreicht. Man schwächt nicht, sondern man stärkt damit auch ihre Fähigkeit, den rivalisierenden militärischen Fraktionen im Gazastreifen eine Einhaltung des Waffenstillstands abzunötigen. Ihre politische Stärkung liegt auch im israelischen Interesse. Allen martialischen Forderungen rechtsnationaler Falken in der israelischen Regierung zum Trotz stiege die Bedrohung Israels, wenn es Hamas in den Untergrund trieb. Es ist keine empfehlenswerte Option. Man gäbe damit,

wie Asseburg warnt, radikaleren Gruppen als Hamas Auftrieb, mit dem möglichen Ergebnis, dass der Gazastreifen unregierbar wird.³⁰ Die Alternative dazu liegt eigentlich auf der Hand: Da die Einheitsregierung formell für die Westbank und den Gazastreifen zuständig ist, liegt es in ihrer Kompetenz, auf palästinensischer Seite der Grenzen ein funktionierendes Grenzregime aufzubauen, für das sowohl die israelische als auch die ägyptische Kooperation benötigt wird. Der Ruf nach einer Rückkehr der Fatah in die alten Machtpositionen im Gazastreifen hingegen würde den Spaltpilz neu beleben. Auf dieser Basis wäre ein Waffenstillstand nicht von Dauer. Langfristig jedoch ist Gaza nur im Kontext eines palästinensischen Staates lebensfähig.

30 Asseburg, Muriel. 2014. Ein dauerhafter Waffenstillstand für Gaza, <http://www.swp-berlin.org/de/publikationen/kurz-gesagt/ein-dauerhafter-waffenstillstand-fuer-gaza.html> [1.9.2014]

Wenn man den Verlautbarungen westlicher Politiker Glauben schenken will, dann haben sie verstanden, dass es über eine Stabilisierung des Waffenstillstands hinaus keine Alternative gibt zu Verhandlungen über eine politische Beilegung des Konflikts um den Besitz des Landes zwischen Jordan und Mittelmeer – denn darum geht es im Kern. Sind sie aber auch bereit, das dafür benötigte politische Kapital aufzubringen? Man kann das im Lichte der Vielzahl regionaler Brennpunkte, die den Schrecken des jüngsten Gazakriegs bei Weitem in den Schatten stellen, in Zweifel ziehen. Andererseits können hierin auch Anreize liegen, zumindest den alten Nahostkonflikt, für den die Blaupause einer Lösung seit Langem bekannt ist, endlich beizulegen – und sei es nur, damit seine Symbolkraft nicht länger als Energiespender für die Radikalisierung unter Muslimen, Juden und Christen weltweit wirkt.

Flächenbrand mit Ansage

Wie der syrische Bürgerkrieg droht, die gesamte Region zu destabilisieren

Magdalena Kirchner*

Abstract: For more than three years, neither a political nor a military solution of the Syrian Civil War has been reached. Given the high complexity and interdependence of conflicts among a growing number of parties, a solution is unlikely to be found in the near future. Beyond the horrific consequences for the civilian population and the gradual collapse of the Syrian state, the war tremendously affects neighboring countries as well as local and interstate conflicts in the region. On which levels can we observe the regional conflagration, which had been repeatedly evoked by many observers and by Syrian President Bashar al-Assad, and how did it evolve over time?

Keywords: Syria, civil war, IS, conflagration, intervention

Stichworte: Syrien, Bürgerkrieg, IS, Flächenbrand, Intervention

1. Einleitung

Als Bashar al-Assad am 16. Juli 2014 seine dritte Amtszeit als Präsident Syriens antrat und im Parlament den Sieg über die Revolte und den „schmutzigen Krieg“ für beendet erklärte, nahm er auch die dramatischen Entwicklungen in den Nachbarstaaten in den Blick. Gerade hier sah er sich in einer Warnung bestätigt, die er seit Beginn der Krise stets wiederholt hatte: Dass ein Konflikt im Inneren des Landes, sollte er einmal entflammt sein, einem Flächenbrand gleich, nicht an den Grenzen Syriens halt machen werde.¹

Die Angst vor einer Ausweitung des Bürgerkriegs bestimmt seit Beginn der Krise im Frühjahr 2011 maßgeblich die internationale Diskussion darüber, ob und in welcher Form externe Akteure in Syrien eingreifen sollten. In der deutschen Debatte stärkten insbesondere Szenarien wie syrische Vergeltungsschläge gegen Israel oder das NATO-Mitglied Türkei, ein offener militärischer Konflikt mit Iran oder ein Zerwürfnis mit Russland zunächst

jene Stimmen, die vor allem eine militärische Intervention ablehnten.² Angesichts zunehmender Spannungen auch in den Anrainerstaaten in den Folgemonaten äußerte auch der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle wiederholt die Sorge, dass der Bürgerkrieg ohne ein Eingreifen der internationalen Gemeinschaft Konflikte in der Nachbarschaft zusätzlich verschärfen und einen regionalen Flächenbrand entfachen könnte.³

Die aktuelle Gewalteskalation im Libanon und insbesondere im Irak macht deutlich, dass die befürchtete Ausbreitung politischer Instabilität über die Grenzen Syriens hinaus in der Tat nicht verhindert werden konnte. Darüber hinaus hat die Internationalisierung des Bürgerkrieges durch grenzüberschreitende Flüchtlingsströme und die Mobilisierung zehntausender nicht-syrischer Kämpfer in dramatischer Art und Weise zur Erosion eben dieser Grenzen beigetragen. Diese stellt nun nicht nur den syrischen Staat, sondern auch das gesamte moderne Staatsystem im Nahen und Mittleren Osten auf eine existenzielle

* Dr. Magdalena Kirchner ist Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin.

1 Bashar al-Assad, Transkript der Antrittsrede vom 16. April 2014, Centre for Research on Globalization (CRG), <http://bit.ly/VMF2q4>.

2 Vgl. Beiträge deutscher Außen- und Sicherheitspolitiker in der Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 6 (2013), 2.

3 Westerwelle fürchtet Flächenbrand um Syrien, in DIE ZEIT (online), 12.05.2014, <http://bit.ly/WXALAF>.